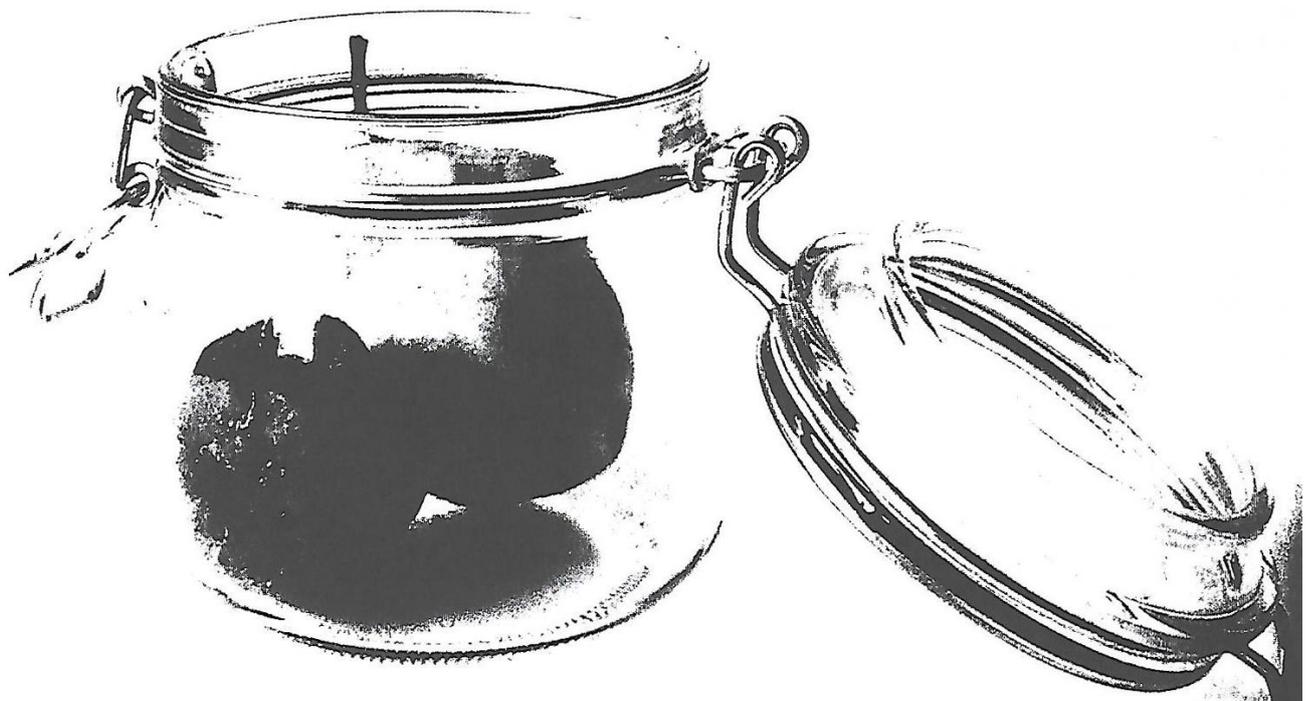


Die Lunte brennt

Geplante Verarmung oder das Ende der frühen Pensionen – um das SYSTEM zu RETTEN, müssen die Österreicher künftig

VIEL LÄNGER ARBEITEN. VON FRANZ C. BAUER



a hat Finanzstaatssekretär Alfred Finz seinen Mund wohl doch etwas zu voll genommen. Der auch bei politischen Gegnern ob seiner Kompetenz geschätzte Finanzexperte meinte am 9. Oktober – der Wahlkampf hatte gerade erst begonnen –, die unter der blau-schwarzen Koalition begonnene Pensionsreform müsse unbedingt fortgesetzt werden. Was er darunter versteht, ließ Finz die Österreicher ziemlich unverblümt wissen: Das Pensionsantrittsalter muss weiter angehoben werden, Ziel sei es, ein reales Antrittsalter von 63 Jahren zu erreichen, das entspricht genau den EU-Beschlüssen von Barcelona vom April dieses Jahres, in denen eine Anhebung des tatsächlichen Pen-

sionsalters um fünf Jahre bis 2010 vereinbart wurde.

Mehr hat Finz nicht gebraucht. Dass SP-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures gleich einmal hinschnappte und via Austria Presse Agentur verlauten ließ, dies sei eine „Bedrohung der älteren Arbeitnehmer“, hätte Finz wohl noch mit links weggesteckt. Doch die folgende rechte Gerade dürfte getroffen haben: ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat ließ noch am gleichen Tag klarstellen, dass ihre Partei für die kommende Legislaturperiode keine weitere Anhebung des gesetzlichen Frühpensionsalters von derzeit 61,5 Jahren plane.

Immerhin kam es daraufhin zu einer gemeinsamen Aussendung von Rauch-Kallat und Finz, in der beide erklärten, Ziel sei ei-

ne Heranführung des faktischen Pensionsalters (bei Männern 58,7 Jahre, bei Frauen gar nur 57,3 Jahre) an das gesetzliche Maß. Was immerhin zur Hoffnung Anlass gibt, das Pensionssystem könnte wenigstens noch die nächste Legislaturperiode ohne ärgere Blessuren überstehen.

Gute Nachricht. An sich hat Finz, intimer Kenner von Finanzflüssen und Budgetprognosen, mit seinem Appell zur Anhebung des Pensionsalters Recht – das bescheinigen auch renommierte Wissenschaftler. Diese haben vorerst eine gute Nachricht parat: „Das soziale Sicherungssystem, das wir haben, kann nicht zusammenbrechen“, beruhigt Rainer Münz, Bevölkerungswissenschaftler und Ordinarius an der Berliner Humboldt-Universität.

„Die Erhöhung des faktischen Pensionsalters ist notwendig.“ **Karl Blecha, Pensionistenverband**



„Wer heute in Pension geht, bekommt um 17 Prozent mehr als der Durchschnitt.“ **Stephan Knaff, Seniorenbund**

Allerdings gilt dies leider nicht unter den jetzigen Voraussetzungen. „Mit absoluter Sicherheit kann man sagen, dass unter den aktuellen Bedingungen die Pensionshöhe und das gegenwärtige Pensionsantrittsalter nicht miteinander in Einklang zu bringen sind“, warnt Münz. Der Wiener Universitätsprofessor Bernd Marin, Leiter des Europäischen Zentrums für Wohlfahrts politik und Sozialforschung, ist gleicher Meinung: „Das System hält nur dann, wenn die Österreicherinnen und Österreicher viel später in Pension gehen.“

Eigentlich sollte ja schon eine bescheidene Portion an gesundem Menschenverstand ausreichen, um den richtigen Schluss aus den folgenden drei simplen Fakten zu ziehen und die Ankündigung von Staatssekretär Finz sowie die Interpretationen der Herren Professoren in ihrer vollen Unausweichlichkeit zu erfassen:

■ **Erstens:** Unser Pensionssystem war bei seiner Entwicklung in der Ersten Republik so konzipiert, dass rund 85 Prozent der Menschen den Übertritt in den Ruhestand gar nicht erst erlebten; bis zu Kreiskys Zeiten war die gesicherte Existenz dann schon für durchschnittlich 14 Jahre zu garantieren. Derzeit sind es durchschnittlich schon über 23 Jahre, allein für Frauen sind es fast 27 Jahre. Aus einigen sehr wenigen und extrem unwahrscheinlichen „Überlebensjahren“ zu Beginn unseres Pensionssystems wurde in der Zwischenzeit eine sehr hohe Überlebenswahrscheinlichkeit: Derzeit schaffen es 84 bis 92 Prozent der Menschen bis zum Pensionsalter. Dem Übertritt in den Ruhestand folgt dann noch eine jahrzehntelange Pensionsbezugsdauer.

■ **Zweitens:** Das System beruht auf dem Umlageverfahren und dem Generationenvertrag: Die jeweils arbeitenden Jüngeren erhalten die in Pension gegangenen Älteren und werden später ihrerseits von den Jüngeren erhalten.

■ **Drittens:** Die Menschen werden immer älter.

Jeder, der diese drei Fakten begriffen hat, ist bereits Pensionsexperte. Er kann auch ohne größeren intellektuellen Aufwand einigermaßen treffsicher voraussagen, was geschieht, wenn sich eine der Grundannahmen in diesem System weiter verändert.

Zum Beispiel, wenn die Zahl derer, die früher als vorgesehen in Pension gehen, zunimmt – wie das in Österreich mit seinem Pensionsantrittsalter weit unterhalb der 60 Jahre der Fall ist. Mit jedem zusätzlichen

Frühpensionisten verlagert sich das Gleichgewicht nämlich gleich doppelt zulasten des Systems: Ein Beitragszahler fällt weg, ein Leistungsempfänger kommt gleichzeitig hinzu.

■ **Recht auf Faulheit.** Dass die Österreicher „Pensionsweltmeister“ sind, hat laut Bevölkerungswissenschaftler Münz einen soziologischen Grund. „Wir leben in einer Gesellschaft, in der es als eines der höchsten Ziele gilt, möglichst jung, gesund und leistungsfähig in Pension zu gehen.“ Er selbst sei 1979 als junger Assistent in ein Universitätsinstitut eingetreten, wo er etwas Skurrielles erlebte, womit er noch heute im Rahmen zahlloser Vorträge das Auditorium unterhält: „Damals hat dort eine Sekretärin gearbeitet, die nach meinem Gefühl nur unwesentlich älter war als ich. An der Wand vor ihrem Schreibtisch hing eine Art Ab-

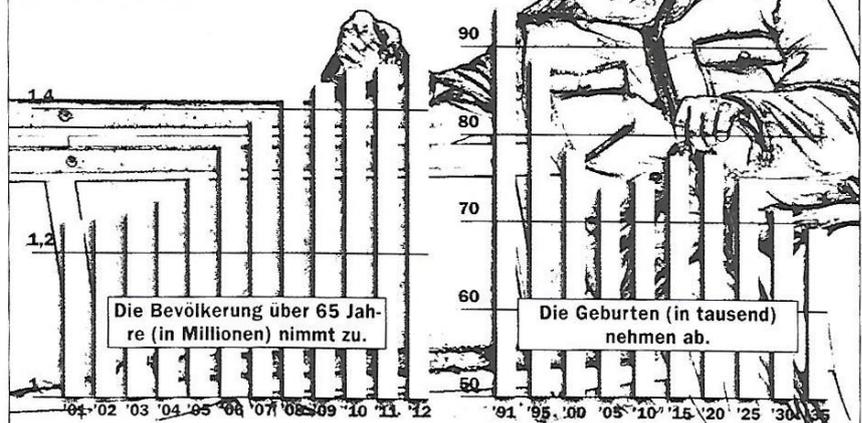
reißkalender, von dem sie jeden Monat einen Zettel entfernte. Auf meine Frage, was das sei, antwortete sie, sie habe sich bereits ausgerechnet, wann sie wegen verminderter Erwerbsfähigkeit frühzeitig in Pension gehen könne. Die wusste schon mit 33, wann sie nicht mehr arbeiten kann.“

Allgemein gültig formuliert Marin diese Situation: „Wir leben in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt, und jeder zweite Mann geht wegen Invalidität in Pension – da kann doch was nicht stimmen.“ Ein bisher unerklärtes gesundheitsökonomisches Phänomen untermauert diesen Verdacht: Die Zahl der Invaliditätsrentner im Erwerbsalter nimmt rasant bis zum 59. Lebensjahr zu – die älteren Menschen ab 65 bis 90 Jahre hingegen werden wieder gesünder. Es gibt sehr viel weniger Invalidität über 65 als noch vor 20 Jahren. Marins Vermutung: „Bei den Jüngeren sind das keine Invaliden im herkömmlichen Sinn, sondern das sind versteckte Arbeitslose.“

BEVÖLKERUNGSSTATISTIK

Zahlen zum Fürchten

Quelle: Östat



■ Die Erkenntnis, dass wir immer älter werden, reißt vermutlich noch niemanden vom Sessel. Zum brisanten Politikum wird die demografische Binsenweisheit erst, wenn Experten die Auswirkungen auf das Pensionssystem ausrechnen. 2040 werden vermutlich um rund 20.000 Österreicher weniger das Licht der Welt erblicken als 1990. Wegen der

immer längeren Lebensspanne sterben wir zwar dennoch nicht aus – die Zahl der Österreicher nimmt sogar leicht zu. Dramatisch allerdings ist die Entwicklung bei den über 65-Jährigen: Diese Gruppe wächst nämlich deutlich schneller als die Gesamtbevölkerung. Konsequenz daraus: Frühpensionierungen würden das System sprengen.

RENT PROHASKA (2)

AW-ROLAND SCHNEIDER

„Wenn sich nichts ändert, müssen die Pensionsbeiträge auf das Doppelte steigen.“
Rainer Münz, Bevölkerungsexperte

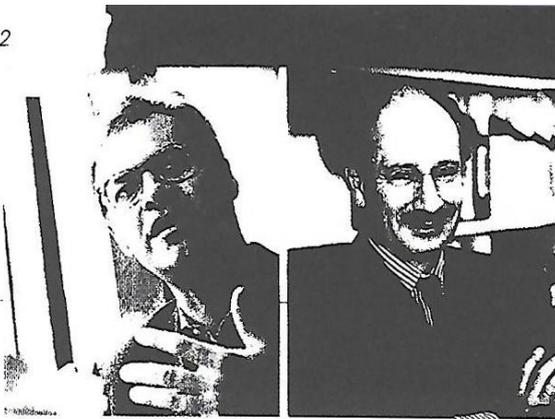
Oder einfach Menschen, die sich ein paar schöne Jahre machen wollen. Legitim sei das allemal, meint Marin. „Im Gegensatz zum deutschen Bundeskanzler Schröder, der einmal gesagt hat, es gebe kein Recht auf Faulheit, bin ich nicht dieser Meinung. Wir Ökonomen nennen das natürlich nicht Faulheit, sondern Präferenz für Freizeit. Dagegen ist nichts einzuwenden, allerdings unter der Voraussetzung, dass der Betroffene dafür selbst aufkommt.“

Fleißig und dumm. Was bisher freilich nicht der Fall sei. Wegen der immer noch günstigen Möglichkeiten, früher als mit den gesetzlich vorgesehenen 65 Jahren in Pension zu gehen, und der geringen Abschläge für Frühpension werde Weiterarbeiten, so meint Marin, „mit einer impliziten Steuer belegt. Aus meiner Sicht tragen bis zu vier Fünftel der Kosten für Frühpensionierungen nicht die Frühpensionisten oder die Firmen, die Mitarbeiter mittleren Alters loswerden wollen, selbst, sondern wir alle bezahlen dafür. Das ist eine Kostenüberwälzung, weil das immer nur die pensionsnahen Jahrgänge betrifft. Wer unter diesen Umständen länger arbeitet als unbedingt notwendig, muss mit Dummheit geschlagen sein.“

Besonders fatal: „Die nachwachsenden Jüngeren müssen bezahlen, können sich dagegen nicht wehren, werden aber selbst nicht in den Genuss dieser Möglichkeiten zur Frühpension kommen.“

Karl Blecha, Vorsitzender des SPÖ-nahen Pensionistenverbandes, teilt Marins Einschätzung – allerdings nicht bis zur letzten Konsequenz. „Die Erhöhung des faktischen Pensionsalters ist notwendig“, sieht auch Blecha ein. Doch eines ist für ihn auch klar: „Man darf das nicht mit Strafen erreichen, sondern man muss Maßnahmen setzen, um die Menschen freiwillig dazu zu bringen. Die Strafe gibt es ja jetzt schon: Wer früher in Pension geht, bekommt insgesamt um zehn Prozent weniger.“ Egal, mit welchem Alter man in Pension geht.

Doch dieser Abschlag reicht, so Münz, bei weitem nicht aus, um die Mehrbelastung, die Frühpensionisten für das System bringen, auch nur annähernd auszugleichen. „Rund acht Prozent pro Jahr, in dem jemand früher als gesetzlich vorgesehen in Pension geht, wären der faire, mathematisch richtige Abschlag.“ In ähnlichen Dimensionen kalkuliert auch Marin: „In Schweden sind es minus sechs Prozent, in der Schweiz minus 6,8 Prozent, in



„Wer derzeit länger arbeitet als unbedingt notwendig, muss mit Dummheit geschlagen sein.“
Bernd Marin, Ökonom

Spanien acht Prozent – ich glaube, versicherungsmathematisch und didaktisch könnte man auch mit sechs Prozent das Auslangen finden.“

Bleibt bloß die Frage, ob Verursacher (Firmen) oder Nutznießer diesen Abschlag tragen wollen oder können; Leidtragende (arbeitslose Invalide) müssen ohnedies von Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung versorgt werden.

Abgaben verdoppelt. Für Blecha sind die rechnerisch „richtigen“ Abschläge bei Frühpensionierungen allerdings inakzeptabel. „Man muss sich einmal die Arbeitslosigkeit der Menschen über 60 anschauen. Die überwältigende Zahl der Frühpensionisten scheidet ja nicht freiwillig aus dem Arbeitsprozess aus. Da kommen viele Menschen aus dem Krankenstand und der Notstandshilfe.“ Im heurigen Sommer sei die Zahl der arbeitslosen über 60-Jährigen gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent gestiegen.

Ein Argument, das Marin nicht gelten lässt: „Erstens darf das Pensionssystem nicht für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen missbraucht werden, wenn es weiter funktionieren soll, zweitens sollen ältere Arbeitslose voll abgesichert bleiben und die Unternehmen die geringen Mehrkosten tragen. Drittens wird es in sehr naher Zukunft zu wenige Arbeitskräfte geben, das ist schon jetzt anhand der Bevölkerungsstatistik klar absehbar.“

Münz liefert die Zahlen dazu: „Derzeit haben wir in Österreich rund 1,6 Millionen Menschen über 65 Jahre, von denen die meisten eine Pension beziehen. In 35 bis 40 Jahren werden es rund drei Millionen sein. Das bedeutet: Wenn sich nichts ändert, werden die Pensionsbeiträge, die derzeit 21 Prozent der Bruttolohnsumme ausmachen, auf das Doppelte steigen müssen.“ Dann blieben netto höchstens 30 Prozent vom Einkommen übrig. Die Folge wären Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Das System würde rasch kippen.

Mehr Gastarbeiter. Das Manko an Beitragszahlern sei nur auf zwei Wegen zu be-

wältigen: „Entweder man importiert Arbeitskräfte durch Zuwanderung, oder man schöpft das inländische Potenzial besser aus – durch die Steigerung der Frauenarbeitsquote und durch ein späteres Pensionsantrittsalter“, weiß Münz das Rezept gegen den Crash.

Dass dieser bereits mehrfach prognostizierte Zusammenbruch bisher noch nicht eingetreten ist, sei keineswegs ein Beweis dafür, dass ohnedies alles funktioniere. Denn wer nicht privat vorgesorgt hat und auf eine Zusatzpension zurückgreifen kann, dem droht jetzt bereits die Verarmung. „Wer heute in Pension geht, bekommt zwar um 17 Prozent mehr als der Durchschnitt aller derzeitigen Pensionsbezieher“, kritisiert Stephan Knafl, Chef des VP-nahen Seniorenbundes, „aber die Abgänger liegen um 30 Prozent unter dem Durchschnitt.“ Durch den jährlichen Kaufkraftverlust schrumpft die Pension automatisch – jeder ist ständig in Richtung Armut unterwegs. Zwischen neu in das System Eintretenden und jenen, die es wieder verlassen, klafft eine enorme Lücke.

Andererseits aber steigt die Summe, die

alle Steuerzahler für das Pensionssystem aufbringen müssen, ständig an. „Ohne die Maßnahmen der Regierung wäre der Bundeszuschuss zu den Pensionen in der vergangenen Legislaturperiode um 45 Prozent gestiegen“, warnt Marin. Doch die Anhebung des Frühpensionsalters auf 61,5 Jahre sei seiner Meinung nach eindeutig viel zu wenig, um eine dauerhafte Sanierung des Pensionssystems zu garantieren. „Das hat nur einen Einmaleffekt gebracht, die Frühpensionen und entsprechenden Belastungen werden demnächst wieder weitersteigen – darauf habe ich schon Wetten abgeschlossen.“

Womit die Alternativen einigermaßen eingeschränkt wären: entweder weitere Enteignung der Pensionisten bis zur Armutsgrenze – oder radikale Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters bis zum gesetzlich vorgesehenen Alter, wie es in Barcelona im April 2002 von der EU beschlossen worden ist. Übrigens mit der Stimme der österreichischen Bundesregierung. ●

„Vier Fünftel der Kosten für Frühpensionen zahlen wir alle.“

Ökonom